



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen von der  
Deutsch-Israelischen Gesellschaft e. V.  
zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019  
2. Mai 2019**

- 1. Welche Initiative werden Sie ergreifen, um den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland und in anderen Ländern der Europäischen Union zu bekämpfen?**

**Antwort**

CDU und CSU dulden keine antisemitische Hetze. Unser Europa bekämpft Antisemitismus in jeglicher Form. Wir gründen einen europäischen Pakt gegen Antisemitismus. Wir werden die Arbeitsdefinition der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (IHRA) zum Antisemitismus annehmen und wollen, dass diese auch von allen Mitgliedstaaten übernommen wird.

- 2. Wie werden Sie sich verhalten, wenn im EU-Parlament eine antisemitische Hetzrede, vergleichbar beispielsweise der Rede des Palästinenser-Präsidenten Mahmud Abbas vom 23. Juni 2016, gehalten wird und Abgeordnete ähnlich wie dieser Hetzrede applaudieren?**

**Antwort**

CDU und CSU sind gegen jegliche Form der Hetzrede und erwarten vom Präsidenten des Europäischen Parlaments als Sitzungsleiter, dass er mit den dafür vorgesehenen Mitteln der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments eine antisemitische Hetzrede und Beifallsbekundungen für Hetzreden unterbindet.

- 3. Was werden Sie gegen die Versuche der sogenannten BDS-Bewegung unternehmen, Israel durch Boykottmaßnahmen wirtschaftlich, politisch und kulturell zu schaden?**

**Antwort**

CDU und CSU lehnen die BDS-Aktivitäten ab. Wir verurteilen diese als antisemitisch. Jeglichen Aktionen, die Israel feindlich begegnen, werden wir entschieden entgegentreten. Die staatliche Außenwirtschaftsverordnung verbietet Boykotterklärungen seit 1992. 2005 wurde ein Verbot von Boykottklauseln gegen Israel ergänzt, die deutsche Firmen als Vertragsbedingung arabischer Geschäftspartner oft akzeptiert hatten.

- 3. In welcher Form werden Sie sich für die einzige Demokratie im Nahen Osten, den Staat Israel, einsetzen?**

**Antwort**

Wir stehen uneingeschränkt zum Existenzrecht Israels. Es ist ein wichtiger und freundschaftlich verbundener Partner Deutschlands und Europas. Nicht zuletzt die mittlerweile siebten Regierungskonsultationen zwischen Deutschland und Israel zeigen, wie eng und vertrauensvoll die Partnerschaft beider Staaten ist. Uns verbinden gemeinsame Werte und eine Reihe gleichgelagerter Interessen. Die Sicherheit Israels ist und bleibt Teil der deutschen Staatsräson. Diese unverrückbare Verpflichtung Deutschlands wird unsere Politik gegenüber dem gesamten Nahen Osten auch in Zukunft prägen.

- 4. Wie sehen Sie die Zukunft für Juden und Araber für ein friedvolles gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben in einem demokratischen Rechtsstaat unter Berücksichtigung der berechtigten Sicherheitsinteressen Israels?**

**Antwort**

CDU und CSU werden sich weiter für eine Lösung des Nahostkonflikts auf Basis einer Zweistaatenlösung einsetzen. Ziel muss eine nachhaltige Aussöhnung und das friedliche Zusammenleben zwischen Juden und Arabern sein. Das Existenzrecht Israels darf dabei nicht in Frage gestellt werden. Wir treten nach wie vor konsequent für sichere Grenzen Israels als jüdischer, demokratischer Staat ein. Alle abschließenden Statusthemen können erst im Zuge von Verhandlungen geklärt werden. Wir fordern, dass Handlungen, egal von welcher Seite, die einer endgültigen Friedenslösung entgegenstehen, sofort beendet werden. In den palästinensischen Gebieten sind auf allen Ebenen demokratische Fortschritte nötig.

- 5. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, damit die an die palästinensische Autonomiebehörde gezahlten europäischen Steuergelder nicht mehr dafür missbraucht werden, Terroranschläge gegen Juden mit monatlichen sogenannten Märtyrerrenten zu honorieren oder öffentliche Hetze in Kindersendungen und Schulbüchern gegen den jüdischen Staat zu fördern?**

**Antwort**

CDU und CSU lehnen Zahlungen der PLO an Terroristen oder deren Familien ab. Die Bundesregierung hat sichergestellt, dass die bilaterale Förderung Deutschlands an die Palästinenser nicht als Budgethilfe erfolgt. Sie geschieht ausschließlich über Projektzusammenarbeit.

CDU und CSU befürworten auch in der europäischen Politik ein entschiedenes Vorgehen gegen die Anstachelung von Gewalt und die Erziehung zum Hass etwa in Kindersendungen oder Schulbüchern.

- 6. Wie werden Sie sich bei der Bundesregierung, jetzt als Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, und bei den anderen europäischen Sicherheitsratsmitgliedern dafür einsetzen, dass die Doppelstandards der Vereinten Nationen, mit denen Israel als einzige Demokratie in Nahen Osten durch eine Mehrheit von menschenverachtenden Autokratien immer wieder international verurteilt wird, endlich aufgegeben werden?**

**Antwort**

Deutschland hat als fairer Akteur auf der Weltbühne einen exzellenten Ruf. CDU und CSU sprechen sich dafür aus, dass die Bundesregierung bei Abstimmungen auf der Grundlage von Tatsachen abstimmt. Handlungsvorschlägen soll die Bundesregierung nur zustimmen, wenn sie dem Frieden im Nahen Osten dienen. Im Zweifelsfalle soll Deutschland die besonderen Beziehungen zu Israel höher gewichten als der wünschenswerte Konsens der EU in außenpolitischen Fragen.

- 7. Wie werden Sie sich angesichts der Tatsache, dass die Vereinten Nationen von Israel fordern, die Golanhöhen einschließlich der dort lebenden Bevölkerung an Syrien zurückzugeben und damit einem Diktator auszuliefern, der dank des von ihm zu verantwortenden syrischen Bürgerkriegs rund eine halbe Million Menschen auf dem Gewissen hat, im Europäischen Parlament positionieren?**

**Antwort**

Alle abschließenden Statusthemen, auch die territoriale Zugehörigkeit der Golanhöhen, werden erst im Zuge von Verhandlungen geklärt werden, um dauerhaft

akzeptiert und haltbar zu sein. Bis dahin sind in Syrien und den anderen arabischen Nachbarn dringend demokratische Fortschritte nötig.

- 8. Werden Sie sich angesichts des Vernichtungsankündigung des Iranischen Regimes gegenüber Israel, angesichts des öffentlichen Geständnisses des Leiters der Atomic Energy Organization des Iran, Ali Akbar Salehi, die Natanz Nuklear-Fabrik sei nunmehr fertiggestellt, angesichts der Vorführung atomwaffenfähiger Mittelstreckenraketen im Rahmen von Militärparaden in Teheran, angesichts der wiederholten Errichtung von Militärbasen in Syrien nahe der israelischen Grenze dafür einsetzen, dass die Europäische Union die Gefahren für das Existenzrecht Israels künftig im Rahmen ihrer Nahostpolitik ernst nimmt, und welche Schritte schlagen Sie gegen den Vernichtungsantisemitismus des iranischen Regimes vor?**

**Antwort**

Die Rolle des Irans im Nahen- und Mittleren Osten bleibt problematisch. Wir haben Sorge wegen des ballistischen Raketenprogramms und Irans Aktivitäten in seiner Nachbarschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass die Nuklearvereinbarung mit Iran (JCPOA) bewahrt und vollständig umgesetzt wird, denn die Entwicklung einer iranischen Nuklearwaffe wäre eine existentielle Bedrohung Israels. Auch die anhaltende Vernichtungsrhetorik gegenüber Israel durch den Iran ist nicht hinnehmbar. Hierzu wollen wir die weiteren Verhandlungen mit dem Iran intensivieren.

- 9. Was werden Sie angesichts des geplanten Abzugs der amerikanischen Truppen aus Syrien im Rahmen ihrer EU-Tätigkeit unternehmen, um zu verhindern, dass das Iranische Regime das entstehende Machtvakuum nutzt und die Bedrohung Israels verstärkt?**

**Antwort**

CDU und CSU begrüßen es, dass die USA sich ihrer Sicherheitsverantwortung auch gegenüber Israel bewusst wurden und entschieden haben, sich nun doch nicht vollständig aus Syrien zurückziehen. Es ist unser zentrales Interesse, den politischen Prozess zur Überwindung des syrischen Konflikts in Zusammenarbeit mit den europäischen und internationalen Partnern mitzugestalten. Dabei halten wir am

Prinzip der territorialen Integrität Syriens fest. Teil einer Friedenslösung muss sein, dass fremde Truppen aus Syrien abziehen.